

CHRISTOPH NONN

KLEINE
MIGRATIONS-
GESCHICHTE
VON
NORDRHEIN-
WESTFALEN

 GREVEN VERLAG KÖLN

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen fördert die politisch bildende Literatur, indem sie entsprechende Buchprojekte initiiert, sie konzeptionell und redaktionell begleitet und finanziell unterstützt. Auch dieses Buch ist mit maßgeblicher Beteiligung der Landeszentrale entstanden.

**demokratie
leben**

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



© Greven Verlag Köln GmbH 2011

Lektorat: Jan Motte, Köln

Gestaltung: Thomas Neuhaus, Billerbeck

Satz: Thomas Volmert, Köln

Gesetzt aus der Concorde

Druck und Bindung: Friedrich Pustet, Regensburg

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7743-0479-6

Detaillierte Informationen über alle unsere Bücher finden Sie unter:

www.Greven-Verlag.de

I. Ein Land von Migranten	7
II. Aus Westfalen und dem Rheinland in die Neue Welt	14
III. Mobilisierung durch Industrialisierung: Arbeitswanderung in und nach Rheinland-Westfalen vor 1914	27
1. Vom Rand in die Mitte der Region	29
2. Aus dem Osten in den Westen des Deutschen Reichs	35
3. Die „Ruhrpolen“	41
4. Ausländische „Gastarbeiter“ im Kaiserreich	54
IV. Im Zeichen der Nation: Wanderungspolitik und Wanderungs- schicksale in der Epoche der Weltkriege	63
1. Abwanderung, Diskriminierung und Vertreibung 1914–1945	67
2. „Fremdarbeiter“	79
3. Die langen Schatten des Zweiten Weltkriegs	86
V. Einwanderungsland Nordrhein-Westfalen	98
1. Die „Gastarbeiter“ kommen	98
2. Diskussionen in der Einwanderungsgesellschaft	113
3. Heimisch werden – fremd bleiben: Integration aus historischer Sicht	133
VI. Ausblick und Rückblick: Nordrhein-Westfalen in der „Festung Europa“	152
Literaturhinweise	162

I. Ein Land von Migranten

Einerlei, wer Fußball-Weltmeister wird: Einwohner von Nordrhein-Westfalen sind immer dabei. Als 2006 die italienische Nationalmannschaft in Berlin den Weltpokal gewann, wehten von Zehntausenden Balkonen und Autodächern zwischen Maas und Weser vertikal gestreifte grün-weiß-rote Flaggen. Italienischstämmige Rheinländer und Westfalen feierten eine Nacht lang mit ausgiebigen Autokorsos den Titelgewinn „ihres“ Teams. Bei der Europameisterschaft zwei Jahre später und der Weltmeisterschaft 2010 jubelten dann spanische Zuwanderer. In Köln, Duisburg, Münster und vielen anderen Städten machten sie bei ihren Siegesfeiern die Nacht zum Tag.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land von Migranten. Jeder neunte Mensch an Rhein und Ruhr hat einen nichtdeutschen Pass. Die Zahl der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit liegt bei zwei Millionen. Das sind mehr als in jedem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland. Noch einmal gut zwei Millionen Einwohner Nordrhein-Westfalens werden von Statistikern ebenfalls als „Menschen mit Migrationshintergrund“ gezählt, weil sie seit 1950 von außerhalb der Bundesrepublik eingewandert sind oder mindestens einen zugewanderten Elternteil haben. Insgesamt also vier Millionen, ein knappes Viertel der nordrhein-westfälischen Bevölkerung, gelten statistisch als Migranten.

Dieser Anteil wird in Zukunft wohl noch größer werden. Denn Migranten sind im Durchschnitt deutlich jünger als die alteingesessene Bevölkerung. Mehr als die Hälfte der Menschen ohne Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen ist über 45 Jahre alt, aber nur drei von zehn Zuwanderern. Während die Zahl aller Einwohner des Landes seit einigen Jahren sinkt, steigt die Zahl der Ausländer und Eingebürgerten. Diese leben häufiger in Paargemeinschaften zusammen als Alteingesessene. Und sie haben zwar nicht unbedingt wesentlich mehr, aber öfter überhaupt noch Kinder.

In den Städten sind die Zugewanderten besonders zahlreich. Und den Kern Nordrhein-Westfalens macht die große städtische Ballungszone an Rhein und Ruhr aus. Fast jeder fünfte Kölner, Düsseldorfer oder Aachener hat einen nicht-deutschen Pass. Die eingebürgerten Zuwanderer sind dabei noch gar nicht einmal mitgezählt. Nordrhein-westfälische Städte unterscheiden sich allerdings keineswegs von anderen deutschen Städten. Den höchsten Ausländeranteil haben unter allen Bundesländern die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen. Dann folgen die Flächenländer Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen mit ihren großen städtisch-industriell geprägten Kernzonen. Am wenigsten Zuwanderer gibt es in eher ländlich strukturierten, schwach industrialisierten Bundesländern, wie in großen Teilen Ostdeutschlands oder in Schleswig-Holstein.

Die Städte an Rhein und Ruhr sind freilich nicht erst heute Magnete für Zuwanderer. Sie sind es schon spätestens seit dem Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert gewesen. Wenn man es genau nimmt, gibt es in Nordrhein-Westfalen auch noch wesentlich mehr Menschen mit Migrationshintergrund als die gut vier Millionen, die von der Landesstatistik als solche erfasst werden. In den Jahren nach dem Zweiten

Weltkrieg etwa fanden hier ebenfalls schon Millionen Menschen, die aus den ehemaligen deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie vertrieben worden waren, eine Zuflucht und neue Heimat. Bis zum Bau der Mauer, die seit 1961 die zwei nach dem Krieg gegründeten deutschen Staaten trennte, kamen Hunderttausende Flüchtlinge aus der DDR dazu. Ungefähr ein Viertel derjenigen, die heute landläufig als „alteingesessene“ Nordrhein-Westfalen gelten, gehören tatsächlich zu diesen Vertriebenen und DDR-Flüchtlingen oder stammen von ihnen ab.

Geht man weitere anderthalb bis zwei Generationen zurück, wird der Umfang der Wanderungen und der Anteil der Zugewanderten noch gewaltiger. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg war der Anteil der Ausländer unter den Einwohnern der damaligen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen zwar etwas geringer, wenn auch durchaus beträchtlich. Aber nur etwa die Hälfte der Menschen wohnte an dem Ort, an dem sie geboren worden waren. In einigen Ruhrgebietsstädten lag die Zahl der Zugewanderten damals sogar bei zwei Dritteln der Bevölkerung. Sie kamen aus der Eifel, vom Niederrhein, aus Ostwestfalen, aus Ostpreußen und Posen. Nicht wenige hatten Polnisch als Muttersprache, manche auch Italienisch oder Niederländisch.

Wer unter den Bewohnern Nordrhein-Westfalens seine Herkunft nur drei oder vier Generationen zurückverfolgt, wird in den meisten Fällen einen familiären „Migrationshintergrund“ finden. „Jeder Mensch ist Ausländer – fast überall“, heißt einer der provokanten Gedankenanstöße von Kampagnen gegen Fremdenfeindlichkeit. Denn außerhalb des eigenen kleinen Landes ist jeder Mensch ein Fremder. Doch man muss nicht in die Ferne schweifen, um diese Erfahrung zu machen. Dafür reicht schon ein Blick in die Geschichte des eigenen

Landes, der eigenen Familie. Zuwanderungserfahrungen gehören zur Familiengeschichte der meisten Menschen, die in diesem Land leben. Wenn man so will, ist deshalb fast jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen ein Migrant.

Migrationserfahrungen sind ein Teil der allgemeinen Geschichte, und deshalb gehören sie zur nordrhein-westfälischen Geschichte dazu. Die Geschichte der Migration verbindet die Geschichte Nordrhein-Westfalens freilich auch mit der Geschichte anderer Gebiete – der Länder und Regionen nämlich, aus denen die Zuwanderer kamen. Denn Migration hat immer zwei Seiten: das Weggehen und das Ankommen. Wer wandert, wandert zunächst einmal woanders ab.

So banal das erscheint, wird es doch allzu häufig vergessen. In einem Einwanderungsland, wie es Nordrhein-Westfalen ist, wird oft nur die eine Seite thematisiert. Aus der Perspektive der Gesellschaft, die Migranten aufnimmt, zählt häufig allein das Ankommen. Migration wird so vor allem als Problem gesehen, das es zu lösen gilt. Eine möglichst reibungslose Eingliederung oder Integration der Zuwanderer ist das gesellschaftliche Ziel, ist Objekt der Politik. Deren Erfolg hängt aber wesentlich von den Umständen ab, unter denen die Migranten ihre alte Heimat verlassen haben. Ob Zuwanderer tatsächlich „ankommen“ und in der Fremde heimisch werden oder ob sie eher Fremde bleiben, wird von den Gründen und Bedingungen ihres Weggehens mit beeinflusst.

Integration ist zudem nicht nur eine Sache der Migranten. Wenn in der Öffentlichkeit gefordert wird, Zuwanderer müssten sich „integrieren“, dann ist damit nicht selten einseitige Anpassung gemeint. Aufnehmende Gesellschaften oder vielmehr diejenigen, die sich als ihre mehr oder weniger selbsternannten Vertreter und Wortführer gebärden, definieren dann gesellschaftliche Standards, an die es sich anzupassen gilt.

Die Definition solcher Standards geschieht häufig willkürlich. Gelegentlich grenzt sie auch ans Absurde – wenn etwa der Ruf des Muezzins vom Minarett als „fremd“ und deshalb nicht akzeptabel etikettiert wird, während das Läuten von Kirchenglocken als selbstverständlich, Teil deutscher Kultur oder Ausdruck von Religionsfreiheit gilt.

Der Umgang einer Gesellschaft mit Zuwanderern sagt so viel über sie selbst aus. Ob sie sich als „offen“ oder „geschlossen“ versteht, wie weit ihre Mitglieder Toleranz gegenüber Fremden und Fremdem predigen und praktizieren, ob sie Zugehörigkeit zum Ganzen eher durch Herkunft oder durch Bekennnis gegeben sehen – all das offenbart sich in Migrationspolitik. Es offenbart sich auch in den Konstruktionen von dem, was Migration überhaupt ist. So wird gerne unterschieden zwischen Wanderung aus wirtschaftlichen oder politischen Motiven. Migration wird verstanden als geboren aus dem Wunsch nach Verbesserung oder aus existenzieller Notwendigkeit. Begriffe werden dabei immer wieder auch politisch instrumentalisiert: Dem „Wirtschaftsasyllanten“ lässt sich auf diese Weise der „echte Flüchtling“ gegenüberstellen. Ein solches Denken in einfachen Gegensatzpaaren bildet die subjektive, meist sehr komplexe Motivlage von Migranten oft allerdings nur sehr unvollkommen ab. Zwischen erzwungener Migration und Flucht einerseits, Wanderung aus „freien Stücken“ andererseits liegt ein weites Feld.

Die gesellschaftlichen Konstruktionen von dem, was Migration ist, sind historisch gewachsen und durch historische Erfahrungen geprägt. Sie prägen wiederum selbst die aktuelle Migrationspolitik, und damit die Zukunft. Auch die Zuwanderungs- und Integrationspolitik ist zudem von weit zurückreichenden Traditionen beeinflusst. Diese Traditionen und Einflüsse kann eine historische Darstellung sichtbarer machen.

V. Einwanderungsland Nordrhein-Westfalen

1. Die „Gastarbeiter“ kommen

„Fleißige Leute sind in der Bundesrepublik Deutschland gut angesehen. Die Bundesrepublik Deutschland entbietet Ihnen, die Sie fleißige Menschen sind, ein herzliches Willkommen und versichert Ihnen, dass Sie sich auf ihre Gastfreundschaft verlassen können ... Die Deutschen verhalten sich anderen Völkern gegenüber im allgemeinen zurückhaltend. Aber sie sind hilfsbereit und in ihren Kontakten zu Ausländern verständnisvoll. Besonders dann, wenn der Ausländer ein fleißiger Mensch ist, und wenn sie sehen, dass er aufrichtig seine Arbeit tut, bringen sie ihm Hochachtung entgegen.“

Mit diesen Worten wurden potentielle „Gastarbeiter“ in einem „Ratgeber für türkische Arbeitnehmer“ begrüßt, den die Bundesanstalt für Arbeit 1963 herausgab. Sie sind in mancher Hinsicht aufschlussreich. Man kann sie verstehen als eine klischeehafte Selbstdarstellung der Bundesrepublik Deutschland als eines Landes voller arbeitsamer, fleißiger Menschen. Man kann sie vielleicht auch lesen als Ausdruck einer professionellen Deformation von Beschäftigten der Bundesanstalt, die in Deutschland nicht anderes als ein Land der Arbeit sehen konnten. Sicherlich aber geben sie Aufschluss darüber, was das zentrale Motiv dafür war, dass die Bundesrepublik seit Mitte der 1950er Jahre ihre Grenzen für Mi-

granten aus dem Mittelmeerraum öffnete – nämlich ein drückender Mangel an Arbeitskräften.

Besonders in den kriegszerstörten Industriegebieten Deutschlands, zu denen gerade auch die städtischen Kernräume des 1946 neu gegründeten Landes Nordrhein-Westfalen gehörten, hatte nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst große Arbeitslosigkeit geherrscht. Mit dem Beginn des Wiederaufbaus Ende der 1940er Jahre begann die Zahl der Beschäftigten jedoch schnell anzusteigen. Der Koreakrieg löste in den frühen 1950er Jahren dann einen industriellen Wachstumsboom aus. Die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhte sich noch einmal. Hunderttausende Menschen zogen deshalb ins Ruhrgebiet und an den Rhein. Zunächst handelte es sich vor allem um Vertriebene und solche Alteingesessenen aus ländlichen Regionen, die durch Rationalisierung landwirtschaftlicher Betriebe ihre Arbeit dort verloren hatten. Um 1955 war dieses Arbeitskräftepotential jedoch weitgehend ausgeschöpft. Die hohen Arbeitslosenraten der Nachkriegszeit waren Vergangenheit: Für fast zwei Jahrzehnte sollte in der Bundesrepublik nun Vollbeschäftigung herrschen. Der schier unersättliche Hunger der Industrie nach Arbeitskräften ließ sich bis 1961 noch einigermaßen mit den Flüchtlingen aus der DDR stillen. Doch dann versiegte mit dem Mauerbau auch diese Quelle.

Deutsche Firmen hatten bereits in den frühen 1950er Jahren versucht, Arbeiter aus dem Ausland anzuwerben – vor allem aus Italien. Die Gewerkschaften sahen das zunächst nicht eben gern. Zu Recht vermuteten sie hinter den Anwerbeaktionen der Unternehmer die Absicht, für Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen, um die Löhne möglichst niedrig zu halten. Im Interesse ihrer eigenen Klientel pochten die Gewerkschaften stattdessen auf das in der Weimarer Republik etablierte Prinzip des „Inländervorrangs“. Erst als Mitte der

1950er Jahre die Vollbeschäftigung erreicht war, weichte ihre skeptische Einstellung gegenüber der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften langsam auf.

1955 kam es zu einem offiziellen Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien. Auf deutscher Seite hatte nicht zuletzt das Wirtschaftsministerium dazu gedrängt, das in der Bundesregierung die Interessen der Arbeitgeber wahrnahm. Die Arbeitnehmerinteressen vertraten das Arbeitsministerium und die Bundesanstalt für Arbeit, die in dem Abkommen die Gleichbehandlung der ausländischen mit den einheimischen Arbeitskräften in sozialrechtlicher Hinsicht durchsetzten: Für die Italiener sollten die gleichen Tarifverträge gelten wie für Deutsche, und sie sollten nach den gleichen Bedingungen sozialversichert werden. Dahinter stand freilich weniger das Motiv, eine Diskriminierung der Ausländer zu verhindern, als vielmehr die Absicht, möglicher „Lohndrückerei“ bei den deutschen Beschäftigten durch Import billigerer ausländischer Arbeitskräfte einen Riegel vorzuschieben.

Diese Regelung sollte Modellcharakter für alle weiteren Anwerbeabkommen der Bundesrepublik mit Mittelmeerländern haben. Während der 1950er Jahre kamen zunächst nur wenige Italiener, um nördlich der Alpen zu arbeiten. 1960 gab es in der westdeutschen Wirtschaft weit über eine halbe Million offene Stellen, denen weniger als 100.000 Arbeitssuchende gegenüberstanden. Im selben Jahr schloss die Bundesregierung mit Spanien und Griechenland Abkommen über die Anwerbung von Arbeitskräften aus diesen Ländern. 1961 folgte ein Vertrag mit der Türkei. Dieser sollte langfristig die meisten „Gastarbeiter“ in die Bundesrepublik bringen. Kaum Wirkung hatten dagegen die Anwerbeabkommen, die 1963 mit Marokko und 1965 mit Tunesien getroffen wurden. Von

größerer Bedeutung waren die 1964 und 1968 abgeschlossenen Übereinkünfte mit Portugal und Jugoslawien.

Neben dem Bedarf an Arbeitskräften spielten auf deutscher Seite auch außenpolitische Rücksichten eine Rolle beim Abschluss dieser Verträge. Von besonderer Wichtigkeit waren außenpolitische Überlegungen bei dem ersten Anwerbeabkommen mit Italien. Das Auswärtige Amt setzte sich in der Bundesregierung mit Nachdruck für dieses Abkommen ein, weil damit die Arbeitslosigkeit in dem Mittelmeerland abgebaut und so kommunistischen Tendenzen in der italienischen Bevölkerung entgegengewirkt werden könne. Auch beim Abschluss der Verträge mit Griechenland und Portugal wurde teilweise so argumentiert.

Italien war wie die Bundesrepublik zudem ein Mitglied der Montanunion, der Keimzelle der europäischen Einigung. Griechenland und Portugal waren NATO-Verbündete, Spanien durch separate Stützpunktabkommen dem westlichen Bündnis angeschlossen. Jugoslawien verfolgte, obwohl kommunistisch, einen „dritten Weg“ zwischen den Militärblöcken, und das Anwerbeabkommen mit dem Balkanstaat sollte aus deutscher Sicht auch dazu dienen, diesen mehr dem Westen anzunähern. Bei dem Vertrag mit der Türkei, die für die NATO eine wichtige strategische Lage im Süden der Sowjetunion besaß, waren außenpolitische Motive auf deutscher Seite von besonders großer Bedeutung. Und die Abkommen mit Tunesien und Marokko sollten unter anderem dazu dienen, diese Staaten von einer diplomatischen Anerkennung der DDR abzuhalten.

Die Regierungen der Mittelmeerländer, mit denen die Verträge über die Entsendung von Arbeitskräften in die Bundesrepublik abgeschlossen wurden, hatten dafür ihre eigenen Gründe. Italien, die Türkei, Spanien, Portugal, Griechenland

und Jugoslawien waren industriell weniger entwickelt. Die Anwerbeabkommen sollten zur wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Landes beitragen. Mittelfristig erhofften sich die Regierungen der Mittelmeerstaaten einen Kapitaltransfer aus der Bundesrepublik, in der wesentlich höhere Löhne gezahlt wurden, durch Geldüberweisungen der Arbeitsmigranten an ihre Familien nach Hause. Langfristig rechneten sie damit, dass die Migranten sich in Deutschland technisches Know-how aneignen würden, von dem nach ihrer erwarteten Rückkehr die eigene Volkswirtschaft profitieren konnte. Die im Vergleich mit Deutschland relativ hohe Arbeitslosigkeit, die in den Entsendeländern am Mittelmeer während der späten 1950er und 1960er Jahre herrschte, war für deren politische Eliten ebenfalls ein Motiv, die Anwerbeabkommen mit der Bundesrepublik zu unterzeichnen. Denn mit Ausnahme Italiens wurden alle diese Länder mehr oder weniger diktatorisch regiert. Arbeitslosigkeit erschien als eine potentielle Ursache für innenpolitische Unruhe, für die es in den Diktaturen kein demokratisches Ventil gab. Vom Export überzähliger Arbeitskräfte versprachen die Diktatoren sich einen Beitrag zur Lösung dieses Problems. Und schließlich wollten die Regierungen der Entsendeländer den durch einzelne Anwerbeaktionen deutscher Unternehmen schon in Gang gekommenen Prozess der Arbeitswanderung unter staatliche Kontrolle bringen und steuern.

Dass die Wanderung bereits ohne staatliche Initiative begonnen hatte, zeigt freilich, wie sehr die „Gastarbeiter“ selbst oft andere Ziele verfolgten. Viele nahmen zwar die Arbeit in der Fremde deswegen an, um ihre zunächst zurückgelassenen Angehörigen besser versorgen zu können. Einen Teil des in Deutschland verdienten Geldes sandten sie zurück in die alte Heimat. Darin erschöpften sich allerdings schon die Überein-

stimmungen mit den Absichten der Regierungen. Zahlreiche Migranten gingen gerade deshalb in die Bundesrepublik, um einem repressiven politischen oder gesellschaftlichen Klima in ihrer Heimat zu entfliehen. Wirtschaftliche Notlagen trugen zwar oft zu der Entscheidung bei, sich auf Arbeitsstellen in Deutschland anwerben zu lassen. Das allein war freilich nie eine hinreichende Begründung für diesen Entschluss. Denn wesentlich mehr Menschen, die in der Türkei, Italien oder Jugoslawien unter ähnlichen Notlagen litten, gingen nicht in die Bundesrepublik. Tatsächlich waren es durchschnittlich relativ gut ausgebildete und sogar häufig – für den Standard der Entsendeländer – besser verdienende Menschen, die diese verließen. Und wenn auch fast alle „Gastarbeiter“ sich ursprünglich tatsächlich als „Gäste“ in Deutschland verstanden und davon ausgingen, früher oder später in ihr Heimatland zurückzukehren, blieben Millionen von ihnen schließlich auf Dauer. Das wiederum konnte ganz verschiedene Gründe haben.

Giuseppe La Torre stammte aus Süditalien, wie nahezu alle italienischen „Gastarbeiter“ in Deutschland. Geboren wurde er 1923 in einem Dorf am Abhang des Monte Gargano, dem Sporn des italienischen Stiefels. Sein Vater war ein Kleinbauer, der Giuseppe nach vier Jahren aus der Schule nahm, weil der Junge nun mithelfen müsse, Geld zu verdienen. Die Familie besaß ein kleines steiniges Stück Land in den Bergen, auf dem einige Mandel-, Feigen- und Olivenbäume wuchsen – zu wenig, um sechs Kinder zu ernähren. Giuseppe schuftete mal als Hirte, mal als Waldarbeiter. Es war harte und gefährliche Arbeit. Einmal wurde er im Winter im Wald eingeschneit, beinahe wären ihm die Füße abgefroren. Immer wieder suchte er oft Wochen nach einer neuen bezahlten Tätigkeit. Er heiratete früh, mit 24 Jahren war er schon Vater von zwei Kindern, die er häufig tagelang nicht sah.